

Liebe Anwesende,

ich bin Ann Katrin Düben von der Gedenkstätte für Zwangsarbeit. Im Folgenden spreche ich für die neugegründete „sächsische Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 setzten NS-Kraftfahrkorps-Mitglieder hier in der Gottschedstraße die Große Synagoge in Brand. Unter den Augen der Leipziger Bevölkerung und ihrem Applaus brannten in dieser Nacht weitere Synagogen und jüdische Gebetshäuser, Geschäfte wurden zerstört, die jüdische Bevölkerung gequält und gedemütigt. Die Novemberpogrome des Jahres 1938 markierten eine Zäsur, sie bildeten den Übergang von der Entrechtung zur systematischen Verfolgung, die mit dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion seit 1941 in den Holocaust umschlug.

Die deutsche Mehrheitsbevölkerung wehrte nach 1945 die Erinnerung an die nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen ab. Auf politischer Ebene verstand sich die Bundesrepublik als antitotalitär, während sich die DDR im Sinne des Staatsantifaschismus zum besseren Deutschland stilisierte. Dieser Antifaschismus bröckelte jedoch in den 1980er Jahren: Neonazis stürmten Punkkonzerte mit Sieg-Heil-Rufen und rassistisch motivierte Gewalttaten wurden immer sichtbarer. SED und MfS leugneten den zunehmenden Neonazismus, kritische Stimmen aus der linken Opposition blieben ungehört. Die Warnung vor der Gefahr von rechts ging schließlich im Freudentaumel um die Friedliche Revolution unter.

80 Jahre nach den Novemberpogromen ist es wichtig, daran zu erinnern. Dabei sollten die systematischen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung jedoch nicht mit aktuellen Ereignissen gleichgesetzt werden, denn damit würde die Zäsur 1938 bagatellisiert. Rechte Mobilisierung und Hetze, der Anschlag auf das Restaurant „Schalom“ in Chemnitz zeigen dennoch deutlich antisemitische Denk- und Deutungsmuster. Diese wurden gerade im CDU-regierten Sachsen lange negiert. Durch die Brille der Extremismustheorie wurde seit den 1990er Jahren von politischer Seite suggeriert, Gefahr drohe von links wie rechts gleichermaßen. Zum einen wurden dadurch Menschen, die sich gegen die Extreme Rechte engagieren, kriminalisiert. Zum anderen wurden durch diese Gleichsetzung rechte Straftaten verharmlost und beschwiegen. Mitunter wurde damit der Nährboden für den Erfolg der AfD in Sachsen bereitet.

Gegen das Schweigen und die Verharmlosung hat sich der „Initiativkreis 9. November“ gebildet. Er ist ein Zeichen der Stärke zivilgesellschaftlichen Engagements in Leipzig. Ein „Wir sind viele“ kann davon leider nicht für ganz Sachsen abgeleitet werden. In der sächsischen Provinz bangen Jugendzentren, wie das Treibhaus Döbeln, die sich gegen rechte Gewalt, für ein kulturelles Angebot, in der Geflüchtetenhilfe sowie in der historisch-politischen Bildungsarbeit engagieren, seit Jahren um ihre Existenz. Nicht zuletzt aufgrund der politischen Verhältnisse in Sachsen: einer Geschichtspolitik, die versucht, die Erinnerung an SBZ- und DDR-Unrecht sowie die nationalsozialistischen Verbrechen gegeneinander auszuspielen, anstatt ihre Berechtigung gleichermaßen anzuerkennen.

Ein zentraler Akteur in diesem Diskurs ist die Geschäftsführung der Stiftung sächsische Gedenkstätten. Angesichts ihrer im Jahr 2016 bekannt gewordenen ungleichen Projektmittelvergabe ließ sie verlauten, dass Sachsen Land der Friedlichen Revolution sei, sich hier jedoch keines der KZ-Hauptlager befunden hätte.

Derartige öffentliche Äußerungen blenden **u.a.** aus, dass in Sachsen seit 1933 frühe Konzentrationslager errichtet wurden, in denen die Unterdrückung, Verfolgung und Ausbeutung erprobt und systematisiert wurden; zum Kriegsende hin erstreckte sich über Sachsen ein engmaschiges KZ-Außenlagersystem, Sachsen war außerdem ein Zentrum der Rüstungsindustrie und NS-Zwangsarbeit und in Torgau befand sich das Zentrum der NS-Militärjustiz, der Tausende zum Opfer fielen.

Damit der Nationalsozialismus in Sachsen sowie seine gesellschaftlichen Folgen nicht länger heruntergespielt werden, und um den vielen Engagierten im Bereich der Erinnerungsarbeit eine Stimme zu geben, hat sich im September 2018 die „sächsische Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ gegründet.

Sie ist ein Netzwerk von Einzelpersonen, Vereinen und Initiativen, die zu den historischen Orten von NS-Verbrechen in Sachsen forschen und im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit einen wichtigen Beitrag leisten: Hierzu gehört zum Beispiel der Stadtgeschichtenerzähler Klaus Hammerlik, der in Großenhain über die Geschichte der Jüdinnen und Juden aufklärt. Er setzt sich kontinuierlich mit der Geschichte des Nationalsozialismus, mit Antisemitismus und menschenfeindlichen Einstellungen auseinander. Menschen wie er, tragen in Sachsen zu einer dezentralen und partizipativen Erinnerungskultur bei.

Um nur einige weitere an dieser Stelle zu nennen:

Heute hat EnterHistory einen Netzwerktag in Leipzig veranstaltet, bei dem Menschen zusammenkamen, die sich mit der jüdischen Geschichte Leipzigs beschäftigen. Das Ariowitsch-Haus zeigt zur Zeit die Ausstellung Bruchstücke über die Novemberpogrome in Sachsen; die Gruppe Naturfreundejugend Leipzig bietet regelmäßg Workshops und Vorträge an; während der Stadtteilrundgänge der Gedenkstätte für Zwangsarbeit ist mehr über den Alltag von Zwangsarbeiter_innen zu erfahren. Der AKuBiZ e.V. Pirna bietet Wanderungen in der sächsischen Schweiz an, bei denen die Teilnehmenden den Spuren der roten Bergsteiger nachgehen können, einer Widerstandsgruppe, die NS-Verfolgte rettete.

All die genannten und viele weitere Akteur_innen der historisch-politischen Bildungs- und Erinnerungsarbeit brauchen Unterstützung. Wenn ihr euch also beteiligen wollt, könnt ihr dies auf vielfältige Weise tun: Sei es durch Spenden, die Teilnahme an Bildungsangeboten, durch eine Vereinsmitgliedschaft oder die aktive Mitwirkung in Initiativen und Vereinen.

Erinnern heißt Handeln! Diesen Appell hat das Demobündnis zu seinem Leitmotiv erklärt. Sprecht uns also gerne an und informiert euch auf der Rückseite des Demoflyers über Vereine und Initiativen in Leipzig und Sachsen.